

Absender:

An das  
Amtsgericht Kreuzberg  
Hallesches Ufer 62  
10963 Berlin

### Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach dem Gewaltschutzgesetz

#### Antragsteller/in:

<input type="checkbox"/> Frau	<input type="checkbox"/> Herr
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Telefon	

gegen

#### Antragsgegner/in

<input type="checkbox"/> Frau	<input type="checkbox"/> Herr
Name:	Vorname:
geb. am	Staatsangehörigkeit
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
gegenwärtiger Aufenthalt (falls vom Wohnort abweichend)	
Telefon	

- Durch einstweilige Anordnung** soll gemäß § 2 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. vorläufig die gemeinsam genutzte Wohnung in

.....  
d. Antragst. sofort zur alleinigen Benutzung zu überlassen, die Wohnung sofort zu verlassen und dass d. Antragsgeg. d. Antragst. sämtliche zur Wohnung gehörenden Schlüssel herauszugeben hat.

- Durch einstweilige Anordnung** soll gemäß § 1 Gewaltschutzgesetz (GewSchG) bestimmt werden, dass d. Antragsgeg. es vorläufig zu unterlassen hat,  
die Wohnung d. Antragst. in

.....  
zu betreten und sich im Umkreis von 50 Metern der Wohnung d. Antragst. aufzuhalten,

- sich der Arbeitsstelle d. Antragst. in

.....  
auf eine Entfernung weniger als 50 Meter zu nähern,

- in irgendeiner Form Verbindung z. Antragst. etwa durch Ansprache, Telefonat, Fax, E-Mail oder SMS aufzunehmen,

- sonst ein Zusammentreffen mit d. Antragst. herbeizuführen und sich d. Antragst. weniger als 50 Meter zu nähern bzw. bei einem zufälligen Zusammentreffen diesen Abstand nicht sofort wieder herzustellen.

- D. Antragsteller/in wird Verfahrenskostenhilfe bewilligt.  
D. entsprechenden Unterlagen

werden unaufgefordert nachgereicht.       liegen an.

### Gründe für meinen Antrag:

- Zur Schilderung des aktuellen Vorfalles** verweise ich auf die beigefügte Anlage.

- Ich habe am ..... Anzeige bei der Polizei wegen

.....  
erstattet. Diese betrifft den aktuellen Vorfall.

Die Vorgangsnummer lautet:.....

Eine Kopie der Bestätigung der Aufnahme der Anzeige

reiche ich unaufgefordert nach.       habe ich beigefügt.

Die Polizei hat ein Betretungsverbot der Wohnung für d. Antragsgegner/in wegen des aktuellen Vorfalls ausgesprochen.

JA, bis zum .....  NEIN.

Ich lebe mit d. Antragsgegner/in dauerhaft zusammen.

JA, seit dem .....  NEIN.

JA, aber seit dem .....nicht mehr.

**Vor dem nachfolgend geschilderten konkreten Vorfall** gab es bereits Probleme. D. Antragsgegner/in hat mich in der Vergangenheit

geschlagen Wann: .....

Wie häufig: .....

Verletzungen: .....

bedroht/  
belästigt Wann: .....

Wie häufig: .....

Art der  
Bedrohung/  
welche Worte .....

**Feld zur Niederschrift der Gründe (aktueller Vorfall):**

Wann fand der aktuelle Vorfall statt? .....

Wo fand er statt? .....

Wie sieht die aktuelle Belästigung aus? – bitte genau schildern –

( z.B. körperliche Gewalt durch Schlagen womit wohin, durch Boxen, wohin, Schubsen wogegen usw., werfen mit welchen Gegenständen wohin; verbale Bedrohung mündlich oder/ und in Form von SMS, Telefon usw. mit welchem Inhalt, Beleidigungen mit welchem Inhalt usw.)

Ich reiche folgende Anlagen als Beweis ein:

			ärztliches Attest vom .....
			.....
			.....
			.....

**In Kenntnis der Strafbarkeit einer falschen eidesstattlichen Versicherung versichere ich hiermit die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben.**

Gesetzestext § 156 Strafgesetzbuch:

§ 156 StGB

„Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

Berlin, den .....

---

Unterschrift d. Antragst.